

Offener Brief der Allgemeinen Studierendenausschüsse der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Studierendenvertretungen der Pädagogischen Hochschulen, wenden uns mit diesem Brief an Sie, da wir auf einige Probleme im Zuge der Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge hinweisen möchten. Grundsätzlich begrüßen wir eine Reform der oben aufgeführten Studiengänge, allerdings sind wir der Auffassung, dass eine sinnvolle Reformierung von Studiengängen nur gelingen kann, wenn Studierende aktiv und von Beginn an mit in den Prozess der Neugestaltung einbezogen werden.

In der Auseinandersetzung mit dem Neustrukturierungsprozess haben wir einige Probleme festgestellt, auf die wir im Folgenden eingehen wollen. Diese betreffen sowohl die Studienstruktur als auch den Studieninhalt, die Organisation der Praktika, das Referendariat und die Eingliederung der zukünftigen Lehrkräfte in das bestehende Besoldungssystem.

Finanzierung des Studiums und des Integrierten Semesterpraktikums

Wir stehen der Idee des Integrierten Semesterpraktikums (ISP) positiv gegenüber. Allerdings sehen wir Probleme in der strukturellen Umsetzung, welche vor allem die Finanzierung des Studiums betrifft. Mit einer Dauer von 14 bis 19 Wochen ergibt sich für die Studierenden ein großes finanzielles Problem. Viele Studierende sind auf eine Arbeitsstelle neben dem Studium angewiesen. Die Variante mit einem 19 Wochen dauernden ISP führt schlussendlich dazu, dass den Studierenden sowohl das Arbeiten während dem Semester, als auch in den Semesterferien nicht mehr möglich ist. Somit verschärft sich die soziale Ungleichheit zwischen Studierenden, die neben dem Studium arbeiten müssen, um sich ihr Studium finanzieren zu können und denen, die finanzielle Unterstützung seitens der Eltern erhalten. Die sozioökonomische Lage der Studierenden fällt durch diese Neuregelungen noch stärker ins Gewicht. Diese Begebenheit ist nicht im Geringsten mit einem sozial gerechten Studium zu vereinbaren.

Generell betrachten wir die Erhebung von Bildungsgebühren als unsozial. Im Besonderen lehnen wir die Gebühren während der Praxisphase, in der man sich kaum an der Hochschule befindet, ab. Neben der Erhebung von Studiengebühren während des Praktikums, sehen wir weitere finanzielle Probleme beim Thema Fahrtkosten. Diese muss man einerseits für die Fahrt an die Hochschule und andererseits für die Fahrt an die Ausbildungsschule aufbringen. Bereits bei den Tagespraktika sehen wir dies schon kritisch, obwohl sie nur einmal pro Woche stattfinden. Je nachdem wie weit die Schule entfernt ist, entstehen zum Teil hohe Kosten. Dieses Geld ist für viele Studierende kaum aufzubringen. Zusätzlich kann es zu eklatanten Einschränkungen kommen, wenn man zum Beispiel an den Pädagogischen Hochschulen in Weingarten oder Schwäbisch Gmünd eingeschrieben ist. Dort ist das öffentliche Verkehrsnetz nicht gut ausgebaut. Wenn man kein Fahrzeug besitzt, muss man in diesen Regionen oft mehrmals umsteigen und aufgrund verschiedener Betreiberfirmen sogar mehrere Fahrkarten lösen. Zudem verliert man wertvolle Zeit, welche man beispielsweise dem Besuch bzw. der Vor- und Nachbereitung von Seminaren oder der Erwerbsarbeit widmen könnte. Außerdem ist dem aktuellen Entwurf für das ISP zu entnehmen, dass die Studierenden unter Umständen an zwei unterschiedlichen Schulen unterrichten müssen.

All dies ist von den Studierenden nicht zu leisten. Es sollten während des Praktikums keine Studiengebühren erhoben werden, wie es im Studium für das gymnasiale Lehramt (GPO 2001) bereits der Fall ist.

Wir befürchten, dass die Praktikantinnen und Praktikanten während des ISPs als Ausgleich für Stellenengpässe genutzt werden könnten, auch wenn dies den aktuellen Vorgaben widersprechen würde.

Wir befürchten, dass es durch das ISP an den Pädagogischen Hochschulen zu einem Fachkräftemangel kommt, welcher sich negativ auf die Lehre auswirkt. Für die betreuenden Dozierenden ist es nicht möglich, die Praktikumsgruppen qualifiziert zu betreuen und parallel ihren Lehrauftrag an den Hochschulen zu erfüllen. Außerdem glauben wir, dass dieser Mehraufwand den Schulen nicht zumutbar ist, zumal diese sich mit ihrem Lehrauftrag beschäftigen sollten und nicht mit zusätzlichen organisatorischen Aufgaben.

Für das Sonderschullehramt liegen die eben beschriebenen Probleme verstärkt vor. Zum Beispiel befinden sich in den einzelnen Regionen (Heidelberg, Ludwigsburg, Reutlingen) unseres Erachtens nach zu wenig Sonderschulen, um der Anzahl der Studierenden gerecht zu werden.

Um das ISP sinnvoll für die Entwicklung der Lehrerkompetenzen zu nutzen, müssten Studierende viel Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Schulbesuches investieren, was wiederum dazu führt, dass Studierende weniger Zeit für Arbeit, soziales Engagement oder Ähnliches haben. Dies sollte nicht im Interesse des Ministeriums sein.

Besoldung der zukünftigen Referendarinnen und Referendare sowie der Lehrerinnen und Lehrer

Auch in Bezug auf das Referendariat und die Besoldung der zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer kommen Fragen und Befürchtungen auf: Das bisherige Referendariat ist auf eineinhalb Jahre angelegt. Wir befürchten, dass mit der Einführung des ISP das Referendariat um ein halbes Jahr gekürzt werden würde. Diese Verkürzung liegt nicht im Interesse der Studierenden und ist keinesfalls im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des „Bildungslandes“ Baden-Württemberg. Beispielsweise würde es für Realschullehramtsstudierende konkret bedeuten, dass sie ein Semester länger studieren würden, aber in der zweiten Phase ein Semester weniger Praxiserfahrung hätten. Daraus folgt, dass die Studierenden trotz längerer Regelstudienzeit und der damit einhergehenden besseren Qualifikation nicht in einer angemessenen Weise besoldet werden. Es kommt natürlich auch die Frage nach der Besoldung im späteren Berufsleben auf. Die Besoldungsstufe regelt sich nach der Regelstudienzeit plus Referendariatszeit.

Wenn die Regelstudienzeit jedoch nach der Neustrukturierung bei allen Studiengängen, ausgenommen Sonderschullehramt, gleich sein soll, müssten dann nicht alle nach gleicher Besoldungsstufe bezahlt werden? Oder wird die Besoldung nicht mehr anhand der Regelstudienzeit festgelegt werden? Wenn nicht, welche anderen Kriterien und Begründungen kann es für die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer geben? Wäre eine faire Besoldung gewährleistet?

Lehrinhalte

Prinzipiell ist die Trennung in Primar- (Klasse 1 – 4) und Sekundarstufenlehramt (ab Klasse 5) positiv zu bewerten - zumal dies seit geraumer Zeit von verschiedenen Stellen gefordert wird. Die uns vorliegenden geplanten Änderungen der Studien- und Prüfungsordnungen für das Primarstufen-, Sekundarstufen- und das Sonderschullehramt sind jedoch kritisch zu betrachten.

Das fachfremde Unterrichten ist grundsätzlich fragwürdig. Denn trotz der breitgefächerten Ausbildung der Studierenden, wird das Ziel, universal einsetzbare Primarstufenlehrerinnen und -lehrer auszubilden, nie erreicht werden können. Eine Lehrkraft kann dem Anspruch aller Fachwissenschaften und Didaktiken nicht gerecht werden, wenn diese nicht in allen Unterrichtsfächern ausreichend gelehrt wurden. Die Einführung der Kompetenzbereiche ermöglicht zwar, Wissen in verschiedenen Bereichen zu erlangen, ein oberflächliches Ankratzen der Fachwissenschaft und Didaktik reicht dennoch nicht aus, um ein Fach kompetent unterrichten zu können.

Übergroße Klassen und fachfremdes Unterrichten führen unweigerlich dazu, dass die Lehrkräfte teilweise keinen hochwertigen Unterricht leisten können, ohne auf andere wichtige Gebiete des Berufs, zum Beispiel die pädagogische Betreuung (individuelle Zuwendung,

Binnendifferenzierung, Förderung heterogener Klassen etc.) der Schülerinnen und Schüler, verzichten zu müssen.

Fazit

Grundsätzlich begrüßen wir eine Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge. Inhaltlich gesehen unterstützen wir beispielsweise, dass Deutsch als Fremdsprache eine größere Rolle spielen soll. Eine Erhöhung der Regelstudienzeiten finden wir ebenfalls angebracht. Allerdings sehen wir die Anhebung der Regelstudienzeit dann kritisch, wenn sie auf Kosten der Dauer des Referendariats geht.

Es ist nicht sinnvoll, wenn das Ministerium Pläne vorgibt, die später in der Praxis nicht umsetzbar sind und deshalb die Hochschulen zwingt, von Vorgaben abweichen zu müssen. Die Aufteilung in ein anfängliches Vertiefungsstudium und den anschließenden Kompetenzbereich ist nur schwer durchführbar. Am Beispiel der Fächer Deutsch und Mathematik wird deutlich, dass im Modul 3 der Kompetenzbereiche Studierende in gemeinsamen Seminaren betreut werden sollen, von denen einige dieses Fach schon vier Semester vertieft studiert haben und andere diese Seminare wiederum ohne jegliches Vorwissen besuchen.

Ergänzend muss festgehalten werden, dass viele der geplanten Neuerungen vom Ministerium vorgegeben wurden, ohne dass Schulen und Pädagogische Hochschulen rechtzeitig informiert oder um ihre Meinung gebeten wurden.

Ein massiver Kritikpunkt betrifft die Einbindung der Studierenden in den Prozess, welche zu keinem uns bekannten Zeitpunkt stattgefunden hat. Die studentischen Vertretungen wurden nicht informiert. Wir gehen davon aus, dass die Studierenden des Landes Baden-Württemberg in zukünftige Arbeitsprozesse von Anfang an aktiv und gestalterisch mit eingebunden werden.

Die Studierendenvertretungen der Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs